

Fotos: BSH



Diskussionsrunde mit den Teilnehmern: Es ging um die Rüstungspolitik und die Rüstungsindustrie

Paradigmenwechsel in der Rüstungsindustrie

Die Erweiterung von Hardware auf Software bringe neue Herausforderungen mit sich, sagte Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik. So fehle es beispielsweise bei Cyber-Angriffen an verwendbaren Indizien, da diese oft gefälscht seien – die rauchende Pistole gebe es demnach nicht mehr. Er sprach in seinem Vortrag des Seminars Wirtschaft und Sicherheit, das vom Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschule (BSH) unter dem diesjährigen Thema Rüstungsmärkte und -politik veranstaltet wurde, von einem Paradigmenwechsel. Denn Entwicklungen von innovativen Technologien fänden zunehmend im zivilen Bereich statt.

Torben Schütz von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. stimmte dem zu: „Der zivile Markt für Digitalisierung ist sehr groß, dadurch treiben nun die Märkte Innovationen voran.“ Schnell kam in den Diskussionen mit den Teilnehmenden die Frage auf, weshalb Drohnen teils in der eigenen Stadt gesehen aber nur zögerlich von der Bundeswehr eingesetzt würden. Michael Schneider, der die Gruppe im Bundesministerium für Verteidigung begrüßte,



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars erlebten konstruktive Debatten

stellte klar, dass die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten an erster Stelle stehe. Die Rüstungsgüter müssten einwandfrei funktionieren – die im zivilen Bereich angebotenen Drohnen seien partiell jedoch nicht präzise genug.

Wie kann nun der Beschaffungsprozess verbessert werden? Schütz warnte davor, Ineffizienzen durch mehr Geld fortzusetzen. Besser sei es, diese Prozesse europäisch und nicht nur national zu betrachten. Auch Jan Grebe, zurzeit entsandt an die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, sieht innenpolitische

Argumente kritisch. Unter dem innenpolitischen Argument der Arbeitsplatzsicherung würden so Innovationen und europäische Kooperationen verhindert werden. Rüstungsexporte seien keine innenwirtschaftlichen Mittel, sondern Sicherheitspolitik. Ebenso sehen Grebe und Schütz das Verständnis von Rüstungsindustrie als Symbol der Macht kritisch. Diese klassische Souveränitätsvorstellung stehe engerer europäischer Kooperation im Wege.

Alle Referierenden diskutierten ebenso die Thematik der Transparenz. Peter Conze, Mitbegründer von Transparency International, sprach den sogenannten legalen Fußabdruck an. Mit dessen Hilfe würde mehr Transparenz hergestellt, indem alle an einem Gesetzesentwurf beteiligten Personen sowie Organisationen aufgelistet würden. Einige der Teilnehmenden fanden die Idee gut, sahen die Umsetzung jedoch skeptisch. Conze verwies auf die erhöhte Korruptionsanfälligkeit in der Rüstungsindustrie. Diese sei begründet durch den Drehtür-Effekt, der den Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft beschreibt. Ein Lösungsansatz wäre eine Auszeit beim Wechsel. Auch Lobbyismus spiele eine große Rolle, denn man könne sich untereinander. Zudem würden Rüstungsprojekte teilweise unter dem Vorwand von Sicherheitsbedenken nicht öffentlich ausgeschrieben, meint Conze. „Aber wenn Lobbyismus per se schlecht wäre, könnte man es ja verbieten“, entgegnete Professor Andreas Polk von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin und regte an, die Lobbyismus differenzierter zu betrachten.

Ein weiterer großer Diskussionspunkt war die Endverbleibskontrolle der Klein- und Leichtwaffen. Der Vorschlag eines Teilnehmenden, die Halbwertszeit der Waffen beziehungsweise der Munition zu verringern, wurde intensiv diskutiert. Mathias John von Amnesty International lenkte die Aufmerksamkeit dagegen auf die bereits vorhandenen Waffen. Er fordert eine bessere Koordination der Einsammlung sowie eine Sorgfaltspflicht und Haftbarkeit der Unternehmen.

Franziska Müller